

19. Mai 2018 | 13:55 Uhr

## Flüchtlinge in Deutschland

### Zwei Seiten einer Krise



Mittagstisch im ZiB in Schorndorf: Köchin Zainab Dalou spricht mit den Asys-Mitarbeitern Kevin Wirth, Jürgen Franck und Zakria Sarmini (v.l.) FOTO: Gaby Schneider Cottbus/Waiblingen. Reportertausch: Peggy Kompalla aus Cottbus war für eine Woche zu Gast in der Redaktion der Waiblinger Kreiszeitung und hat auf die Flüchtlingssituation im Rems-Murr-Kreis und in der Lausitz geschaut. Von Peggy Kompalla

Der Name klingt ziemlich hochtrabend: Zentrum für internationale Begegnungen. Dabei erinnert das Haus am Kreisverkehr im Schorndorfer Norden eher an eine Trutzburg. Ein Turm reckt sich in den Himmel, als gelte es hier, das Abendland zu verteidigen. Unterm roten Ziegeldach steht wenig einladend „Gaststätte Schlachthof“. Drinnen geht es dann doch erfreulich unblutig zu. In der blitzenden Küche rührt Zainab Dalou in dampfenden Kochtöpfen. Darüber hängt ihr Lachen. Sie bereitet syrischen Okra-Eintopf zu, 60 Portionen.

Die sind auch nötig. Denn am Dienstag trudeln über die Mittagsstunden immer wieder Gruppen von Menschen ein. Alt und Jung, Arbeiter und Hausfrauen, Geflüchtete und Einheimische. Es wird geschwäbelt und Arabisch gesprochen, Türkisch, ein bisschen Hochdeutsch ist auch dabei. Die Gäste sitzen an langen Tischen, löffeln Bami mit Reis für drei Euro. Es geht also tatsächlich international zu, auch auf den Tellern.



Reporterin Peggy Kompalla FOTO: Gaby Schneider

## **Richtige Entscheidung**

Edgar Hemmerich blickt in den hellen Saal. Blauer Anzug, offener Hemdkragen, das weiße Haar zurückgekämmt. Der Erste Bürgermeister von Schorndorf sagt heute: „Es war die richtige Entscheidung, diesen Ort zu schaffen.“ Das war im Oktober 2015. Da wuchs die Flüchtlingskrise langsam an. Im November 2015 brachte Schorndorf 460 Flüchtlinge unter, im Juni 2016 waren es 1000. Krisenmodus. Für die Menschen musste schnell Platz geschaffen werden. Die Stadt kaufte Immobilien, funktionierte andere um. Dann wurde auch noch die Turnhalle der Berufsschule zur Notunterkunft. „Das hat uns überhaupt nicht gefallen“, gesteht der Bürgermeister unumwunden. „Aber die Halle gehört dem Kreis.“

Es kamen rund 90 zumeist junge Männer in die 40 000-Einwohner-Stadt. Ein Jahr blieb die Turnhalle eine Notunterkunft. Sie war damit eine von 13 im gesamten Rems-Murr-Kreis. 58 Gemeinschaftsunterkünfte hielt der Kreis zum Höhepunkt der Krise vor. Heute sind es noch 40. Seit Februar 2015 haben die Städte und Gemeinden zwischen Rems und Murr rund 4800 Flüchtlinge aufgenommen.



Erster Bürgermeister von Schorndorf: Edgar Hemmerich (CDU) FOTO: Gaby Schneider

## **Die erste Demo in Cottbus**

Cottbus hatte die Flüchtlingskrise zu Beginn gut im Griff. Die 100 000-Einwohner-Stadt im Lausitzer Kohlerevier an der polnischen Grenze brachte die Neuankömmlinge zunächst in der Gemeinschaftsunterkunft am Rande der Plattenbausiedlung Sachsendorf unter. Die Devise der Stadt lautete: Die Flüchtlinge sollen so schnell wie möglich in eigene Wohnungen. Die Menschen wurden Teil der Nachbarschaften. Der städtische Verkehrsbetrieb fertigte Aushänge auf Englisch und Arabisch. Ein Willkommentreff entstand. Die Freiwilligenagentur koordinierte die Hilfsangebote.

Dann kam der Oktober 2015. Er legte zum ersten Mal die Nerven frei. Die Stadt musste im Auftrag des Landes Brandenburg binnen 72 Stunden für 250 Flüchtlinge Platz schaffen. Das funktionierte nur in zwei Turnhallen, in denen normalerweise der Jugendkader des Olympiastützpunktes trainiert. Die Stadt regelte die Unterbringung unter den Umständen erstaunlich reibungsfrei mit Hilfe der Berufsfeuerwehr und der polnischen Partnerstadt Zielona Góra (Grünberg). Allerdings nicht ohne Protest von Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU). Er hatte sich immer dagegen verwahrt, Turnhallen zu Notunterkünften umzufunktionieren, weil er um den Frieden in der Stadt fürchtete.



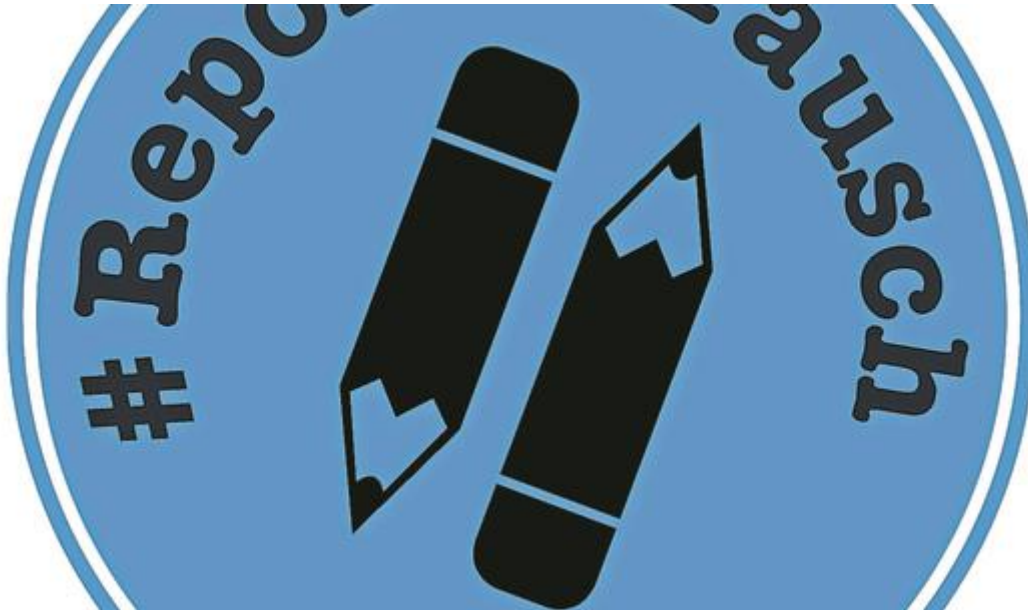
Der Oberbürgermeister von Cottbus, Holger Kelch (CDU). FOTO: dpa / Patrick Pleul

Tatsächlich wurde der kurze Zeit später empfindlich gestört von einer unangemeldeten Demo von mehreren Hundert Asyl-Gegnern. Die Polizei konnte die Turnhallen-Unterkunft nur mit Mühe schützen. Da blitzte Hass auf die Fremden erstmals offen auf. Die Lage beruhigte sich wieder. Die Notunterkunft wurde, wie vom Land zugesagt, einige Monate später geräumt, es konnte wieder trainiert werden.

## **Flüchtlingsbus an Fastnacht**

Die Flüchtlingskrise begann in Schorndorf am „schmutzigen Donnerstag“ im Februar 2015. Die Schorndorfer Hexen bereiteten sich auf den Rathaussturm vor, drinnen bereitete sich die Stadtspitze auf die Ankunft der Flüchtlinge vor. „Am Abend kam der erste Bus mit 60 Menschen“, erinnert sich Hemmerich. Neben der Logistik für die Unterbringung lief in der Kommune gleichzeitig die Unterstützer-Maschinerie an. „Es stand sofort die Frage im Raum, wie geht es weiter?“, erinnert er sich. „Der Gemeinderat hat uns dabei sehr den Rücken gestärkt.“

Deshalb hat die Stadt das alte Gasthaus Schlachthof kurzerhand zum ZiB gemacht, wie das Zentrum für internationale Begegnungen genannt wird. Dafür hat die Stadt selbst Geld in die Hand genommen und schnell Sponsoren gefunden. Die Rotarier, aber auch einheimische Unternehmen waren dabei. Der Kreisdiakonieverband Rems-Murr ist seither ein fester Partner. Für den Bürgermeister ist im Rückblick klar: Das ZiB hat einen wesentlichen Anteil am Meistern der Krise.



Reportertausch 2018: Der #ReporterTausch2018 ist eine Aktion des Bundesverbands Deutscher Zeitungverleger (BDZV). Vom 14. bis 20. Mai 2018 tauschen Medienhäuser für fünf Erscheinungstage Reporter. Die Teilnehmer kommen in Lokalredaktionen in einer fremden Region zum Einsatz. An der Aktion nehmen 55 Redakteure von 29 Zeitungen aus ganz Deutschland teil. FOTO: BDZV

## **Schorndorf hilft**

Parallel dazu entstanden weitere Initiativen, wie die Plattform „Schorndorf hilft“ oder „Zauberfaden“, die Nähwerkstatt für Flüchtlinge. In Schorndorf leben heute 430 von ihnen. Zainab Dalou packt Reis auf die Teller und löffelt dampfenden Bami dazu. Sie erzählt: „Jetzt bin ich in Sicherheit. Hier ist alles gut.“ Ihre wilden Haare hat sie zusammengesteckt, dunkler Lidstrich, großes Lachen. Sie stammt aus Syrien, kam vor zweieinhalb Jahren allein in Schorndorf an. „Ich habe im Zauberfaden gearbeitet und dann in einem Altenheim ein Praktikum gemacht“, erzählt sie. So habe sie Kontakt zu den Menschen im Ort gefunden. „Ich wusste nichts, als ich ankam und hatte auch Angst, was mit mir passiert.“ Hilfe fand sie im ZiB. Noch immer ist sie täglich dort. Es ist ein zweites Zuhause. Sie kennt die Menschen. Sie weiß, bei wem sie Hilfe bekommt - etwa um Behördenbriefe zu verstehen. Das besonders. „Oh, Ihr Deutschen liebt Papier“, ruft sie aus und schickt dem Satz ein lautes Lachen hinterher.





Gerhard Rall, Geschäftsführer des Kreisdiakonieverbandes Rems-Murr FOTO: Gaby Schneider

## **Offenheit hilft**

„Wir haben von Anfang an offen mit den Bürgern gesprochen“, betont Schorndorfs Bürgermeister Hemmerich. So habe es noch vor der Ankunft des ersten Flüchtlingsbusses Bürgerversammlungen gegeben. „Wir haben Freiwillige gesucht, erklärt, was geschieht.“ Es haben sich 300 Ehrenamtliche gemeldet, die Kirchen und Vereine waren sofort dabei und sind es heute noch. „Ich glaube, die Offenheit hat uns Demos erspart“, sagt der CDU-Mann. Zwar habe es bei den Info-Veranstaltungen auch deutlich ablehnende Stimmen gegeben. Aber die seien in der Minderheit gewesen. Immerhin sitzt mittlerweile ein AfD-Abgeordneter aus Schorndorf im Kreistag in Waiblingen. „Aber die Stadtgesellschaft ist stärker“, sagt Edgar Hemmerich mit Nachdruck.

Die gleiche Erfahrung hat Richard Sigel gemacht. Der parteilose Politiker trat sein Amt als Landrat vom Rems-Murr-Kreis im Jahr 2015 mit einer Krisensitzung an. So ging das bis in den Sommer 2016 weiter. „Dabei haben wir immer mit offenen Karten gespielt“, betont er. Maximale Offenheit ist das erklärte Ziel. Bevor in einem Ort eine Gemeinschaftsunterkunft des Kreises eröffnet wurde, gab es Bürgerversammlungen und einen Tag der offenen Tür. „Damit haben wir Gerüchte von vornherein ausgeräumt, dass die Flüchtlinge wie in Hotels leben.“ Aber das hilft nicht immer. Gegen Angst helfen keine Fakten. Heftigen Widerstand gegen die Aufnahme der Fremden gab es auch in Schwaben. Im August 2015 stand ein Haus lichterloh in Flammen. Es war für 20 Asylsuchende in der 7000-Seelen-Gemeinde Weissach gedacht. Brandstiftung.

## **Frust auf die Straße getragen**

In Cottbus wird der Frust und vor allem die Angst vor den Flüchtlingen auf der Straße ausgetragen. Der fremdenfeindliche Verein Zukunft Heimat aus dem Spreewald organisiert seit diesem Jahr regelmäßig Demonstrationen, zu denen rund 1500 Menschen zusammenkommen. Auslöser waren gewalttätige Zusammenstöße zwischen jugendlichen Syrern und Deutschen in der Innenstadt. Bei einem Zwischenfall bedrohten mehrere syrische Jugendliche ein Ehepaar vor dem Einkaufszentrum. Immer wieder sorgen

Auseinandersetzungen für Schlagzeilen. Es wurde ein Alkoholverbot für die Innenstadt verhängt. Polizei und Ordnungsamt sind seither verstärkt im Einsatz, zeigen Präsenz. Das soll den Cottbusern ihr Sicherheitsgefühl zurückgeben. In der 100 000-Einwohner-Stadt leben heute rund 4300 Flüchtlinge. Der Ausländeranteil liegt bei 8,5 Prozent und hat sich damit seit dem Jahr 2015 verdoppelt. Die Stimmung ist teils offen feindselig. Das ist heikel, denn in der Stadt gibt es eine Nazi-Szene mit einem gewaltbereiten Kern, der Verbindungen zu Hooligans und Kickboxern pflegt.



Teilnehmer einer Demonstration gegen Flüchtlinge in Cottbus FOTO: dpa / Carsten Koall

## Wenig Erfahrung mit Ausländern

Die Lausitzer haben wenig Erfahrung mit Ausländern. Das liegt in der DDR-Vergangenheit begründet und ist ein wesentlicher Unterschied zu Schwaben, wo bereits vor mehr als 50 Jahren die ersten Gastarbeiter ankamen. Sie brachten ihre Sitten mit und blieben. Das ging ebenso wenig konfliktfrei vonstatten. Genau in diesem Prozess steckt jetzt Cottbus. Zudem hat die Stadt in den Jahrzehnten seit der Wende einen massiven Umwälzungsprozess hinter sich. Sie verlor seit 1990 rund 30 000 Einwohner. Fabriken und Schulen wurden geschlossen, ganze Wohnquartiere abgerissen. Der Einwohnerverlust ist Teil der Verwerfungen von heute: Denn es gingen vor allem die Jungen, Mobilen, gut Ausgebildeten. Die für den sozialen Kitt einer Gesellschaft so wichtige Mittelschicht schrumpfte gewaltig. Ihr fehlt heute oftmals die Kraft, um den Angstmachern mit breiter Schulter entgegenzutreten.

## Syrischer Kollege

In Schorndorf sitzt Zakria Sarmini mit vier Arbeitskollegen über die Teller gebeugt. Die Männer arbeiten beim Roboterhersteller Asys im Lager. Jürgen Franck, breite Schultern, Brille, sagt: „Zakria ist seit zwei Jahren bei uns. Er hat uns zum ersten Mal hierhergebracht. Seitdem essen wir hier immer dienstagsmittags.“ Der syrische Kollege ist nichts Ungewöhnliches, versichern die Männer und verstehen die Frage nicht. „Unsere Firma ist sehr international. Die Kollegen kommen aus Polen, Bosnien, Griechenland.“ Jürgen Franck denkt nach, die Liste ließe sich fortsetzen. „Unser Chef hat gesagt, dass er auch Flüchtlingen eine Chance geben und Verantwortung übernehmen möchte.“ Gesagt, getan. Zakria Sarmini

ist dankbar und längst angekommen. „Das einzige Problem ist Schwäbisch“, sagt er und schiebt erklärend an: „Ich habe doch Hochdeutsch gelernt.“ Die Kollegen lachen.

Köchin Zainab Dalous Familie ist fast vollzählig. Vor einem halben Jahr durften ihr Mann Mahmoud Almalla und ihr 17 Jahre alter Sohn Mohamad aus Damaskus nach Schorndorf nachkommen. Der schlaksige Teenager mit Wuschelkopf verbessert immer wieder das Deutsch seiner Mutter. Er hat ihr Lachen geerbt, will Abi machen und Lehrer werden für Mathematik und Chemie. „All das ist nur für ihn“, sagt die Mutter und streicht Mohamad eine Locke aus dem Gesicht. Die 21 Jahre alte Tochter musste in Damaskus zurückbleiben. Sie soll auch nach Schorndorf kommen. Sorgenfalten. Die Familie lebt mittlerweile in einer eigenen Wohnung. Das ist nicht selbstverständlich.

## **Hochkonjunktur, aber Wohnungsnot im Kreis**

Die Schorndorfer Fachwerkhäuser werden von rappenden Gewerbegebieten umzingelt. Es herrscht Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung. Die Stadtkasse ist gut gefüllt. Sorgenfrei ist der Bürgermeister trotzdem nicht. Es gibt kaum Wohnraum. „Eigentlich müssten wir im Jahr 300 neue Wohnungen bauen“, sagt Hemmerich und weiß selbst, dass das unrealistisch ist. Auf der Fläche der alten Lederfabrik soll ein neues Wohngebiet entstehen. Aber auch das ist zu wenig. Gerhard Rall ist Geschäftsführer des Kreisdiakonieverbandes. Er konstatiert: „Der soziale Wohnungsbau liegt brach.“ Nun drängen auch noch die Flüchtlinge in den Markt. Sie werden zu Konkurrenten mit allen Geringverdienern, die auf den Wartelisten stehen. „Wir müssen deutlich machen, dass unser Engagement allen Bedürftigen gilt“, betont Gerhard Rall. „Nur dann hält der soziale Frieden.“

Freien Wohnraum gibt es in den Neubausiedlungen von Cottbus ausreichend. Noch dazu ist er günstig. Das macht Cottbus attraktiv. Tatsächlich ist die Mehrzahl der anerkannten Flüchtlinge freiwillig in die Stadt gezogen, wurde also nicht zugewiesen. Cottbus ist immerhin die zweitgrößte Stadt im Land Brandenburg und verfügt über ein gut ausgebautes Sozial- und Integrationssystem, einen guten Nahverkehr. Doch die Vielzahl der neuen Familien mit zahlreichen Kindern stellt Cottbus vor unbekannte Probleme. Plötzlich fehlen Kindergartenplätze, die Schulklassen sind voll. Kitas müssen gebaut, mindestens eine neue Grundschule eröffnet werden. Die Stadt erlebt erstmals seit Jahrzehnten Wachstumsschmerzen. Aber auch das belastet das soziale Gefüge, befeuert Existenzängste. Zwei Drittel der Hartz-IV-Empfänger in der Stadt bekommen die staatliche Unterstützung, weil ihr Gehalt nicht zur Grundsicherung ausreicht. Von der einst prosperierenden Industriestadt Cottbus ist seit den Wendejahren kaum etwas übrig geblieben. Die größten Arbeitgeber sind heute die Stadtverwaltung, das Krankenhaus und die Telefondienstleister. Cottbus steht mit mehr als 200 Millionen Euro in der Kreide. Damit ist die Stadt nicht Herrin ihrer eigenen Kasse, muss sich für jeden Haushaltsentwurf die Zustimmung der Finanzaufsicht des Landes holen. Die Spielräume sind gering.

## **Sechsstellige Beträge für Sprachkurse**

Ganz anders in Schwaben. Da kann der Landrat schon mal sechsstellige Beträge in seinen Haushalt einstellen - allein für Sprachkurse. „Es ist mir doch lieber, die Menschen sitzen in einem Kurs als in den Einkaufszentren, wo sie die Leute anschwätzen“, sagt Richard Sigel. Im vergangenen Jahr hat der Kreis demnach rund eine Million Euro für die Flüchtlingsintegration ausgegeben. „Das ist eine gute Investition.“ Auf eigene Kappe. „Wir bleiben bislang auf allen



Kosten der vergangenen zwei Jahre sitzen.“ Gerade ist die Abrechnung für das Jahr 2015 mit dem Land Baden-Württemberg abgeschlossen. Da verliert der ansonsten ausgesprochen höfliche Landrat seine Zurückhaltung. „Das lief viel zu zäh, bürokratisch und schlaumeierisch“, sagt er und zieht seine Krawatte glatt. „Die Flüchtlinge wurden damals zu uns durchgereicht, weil das Land die Krise nicht in den Griff bekam. Wir im Kreis und den Städten und Gemeinden haben das geschafft.“ Der Kreis übernehme gern seinen Anteil an den Kosten. Aber: „Wir erwarten einen fairen Umgang.“ Dazu gehört für den Landrat, dass das Land seine Aufgaben ernst nimmt. Wie etwa bei den Abschiebungen.

## **Öffentlicher Druck**

Richard Sigel steht unter öffentlichem Druck. Vor einem halben Jahr zündete ein Bewohner das Flüchtlingsheim in Urbach an. Der Schaden geht in die Millionen. In den Unterkünften kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die sogar bis zu versuchtem Totschlag reichen. Deshalb appelliert Richard Sigel in einem Brief an Innenminister Thomas Strobl (CDU), insbesondere strafauffällige Flüchtlinge zügig abzuschicken. Bei den Tätern handele es sich nahezu ausschließlich um alleinstehende junge Männer, deren Asylanträge unanfechtbar abgelehnt wurden und die trotzdem seit Jahren geduldet werden. „Bei der Bewältigung der Gefahrenabwehr müssen Polizei, Behörden und Justiz aber auch die richtigen Instrumente an die Hand bekommen“, heißt es in dem Brief. „Eine gut ausgestattete Polizei hilft nicht, wenn ohnehin ausreisepflichtige Straftäter auf freiem Fuß bleiben und weiterhin die Sicherheit der Gesellschaft gefährden können.“ Die Vorfälle von Ellwangen waren ein weiteres Körnchen Salz in der Wunde.

Der Rems-Murr-Kreis hat seinerseits mit Rückführprämien einen Anreiz geschaffen. Dafür wurde laut Landrat Sigel bereits ein sechsstelliger Betrag ausgegeben. Der Erfolg gibt dem Programm recht. Seit dem Jahr 2016 sind über das Kreis-Programm 704 Menschen freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt mit einer kleinen Starthilfe der Schwaben. Das sind mehr als doppelt so viele Ausreisen wie über offizielle Abschiebungen. Auf diese Weise haben nur 289 Menschen den Kreis verlassen.

## **Der Wut den Druck nehmen**

Cottbus bemüht sich derweil, der Wut der Straße den Druck zu nehmen. In dieser Woche hat es erstmals eine Bürgerversammlung gegeben. Die Oberkirche - das größte Gotteshaus der Region - war voll. Die gesamte Stadtspitze war anwesend, jeder konnte seine Fragen stellen, bekam Antworten. Das kam gut an. Es wird weitere Gespräche in den Stadtteilen geben. Während für die Menschen in den Städten und in den Landkreisen die Herausforderungen der Integration real und alltäglich sind, scheinen sie bei den Politikern von Bund und Land aus dem Fokus zu geraten. Landrat Sigel bemerkt bitter: „Die haben schon wieder ganz andere Themen.“



Stadtteilgespräch in der Cottbuser Oberkirche FOTO: Michael Helbig